

Terhechte [Hrsg.]

**Europarecht** [EUV | AEUV | GRCh]

**European Law** [TEU | TFEU | CFREU]

**Droit Européen** [TUE | TFUE | CDFEU]

Textsammlung | Text Collection | Recueil de textes

2. Auflage



**Nomos**

Prof. Dr. Jörg Philipp Terhechte [Hrsg.]

**Europarecht** [EUV/AEUV/GRCh]

**European Law** [TEU/TFEU/CFREU]

**Droit Européen** [TUE/TFUE/CDFEU]

Textsammlung | Text Collection | Recueil de textes

2. Auflage



Nomos

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-7127-1

2. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

## Vorwort

Die hier in der 2. Auflage vorgelegte Textsammlung zum europäischen Primärrecht soll den Benutzerinnen und Benutzern den vergleichenden Zugang zu den wichtigsten europäischen Verträgen in englischer, deutscher und französischer Sprache ermöglichen. Sie ist der Erkenntnis geschuldet, dass der Sprachenvergleich insbesondere auf der Ebene des europäischen Primärrechts bzw. des geschriebenen europäischen Verfassungsrechts in vielen Situationen unverzichtbar ist. Zwar sind die Verträge gem. Art. 55 EUV bzw. Art. 358 AEUV in Verbindung mit Art. 55 EUV in allen Vertragssprachen verbindlich, dennoch besitzt auch eine auf die drei Arbeitssprachen der EU angelegte Textedition einen beträchtlichen Eigenwert. Sie bietet eine erste Hilfe dafür, den „Sprung“ über die eigene Sprachgrenze zu wagen. Ein solches Vorgehen verspricht sowohl aus der praktischen als auch aus der theoretischen Perspektive reichen Ertrag, wird die Rechtsanwenderin bzw. der Rechtsanwender durch diesen Schritt doch zugleich ermutigt, die notwendig durch ihre/seine eigene Rechtsordnung geprägten Rechtsansichten zu hinterfragen.

Die Rechtsordnung der Europäischen Union steht wie keine andere Rechtsordnung weltweit unter dem „Vorzeichen der Mehrsprachigkeit“. Dies gilt ungeachtet der Tatsache, dass sich in den letzten Jahren die englische Sprache in den europäischen Institutionen und in der Wissenschaft vom Europarecht immer stärker durchzusetzen vermocht hat. Hiermit ist interessanterweise auch ein Perspektivwechsel vollzogen worden, waren doch die Gemeinschaften in ihrer Gründungsphase stark durch die französische Sprache geprägt. So war etwa der EGKS-Vertrag nur in seiner französischen Sprachfassung authentisch (Art. 100 EGKSV). Ob der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU (sog. „Brexit“) an der Dominanz der englischen Sprache etwas ändern wird, ist bislang nicht auszumachen.

### I.

Das europäische Primärrecht basiert seit dem Inkrafttreten des **Vertrags von Lissabon** auf drei zentralen Dokumenten. Neben dem **Vertrag über die Europäische Union (EUV)** und dem **Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)** genießt auch die **Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRCh)** den Rang des primären Unionsrechts (Art. 6 Abs. 1 EUV). Neben diesen Verträgen besteht die Europäische Atomgemeinschaft (EAG) auch mit Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages zum 1. Dezember 2009 weiter. Vom Abdruck des **Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft** vom 25. März 1957 wurde gleichwohl abgesehen, weil es sich hierbei um eine Spezialmaterie handelt (der Vertrag ist in einer konsolidierten Fassung abgedruckt in ABl. EU Nr. C 203/1 vom 7. Juni 2016). Seit dem Erscheinen der 1. Auflage dieser Edition ist es nur zu geringfügigen Änderungen des primären Unionsrechts gekommen. Hervorzuheben ist hier die Einfügung eines dritten Absatzes in

Art. 136 AEUV als Folge der europäischen Staatsschuldenkrise (ABl. EU Nr. L 91/1 vom 06. April 2011).

## II.

Der **Vertrag über die Europäische Union** vom 7. Februar 1992 enthält die Werte (Art. 2 EUV) und Ziele (Art. 3 EUV) der Europäischen Union, die nach Art. 1 Abs. 2 EUV „eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas“ darstellt. Eine besondere Betonung legt der EUV auf die **demokratische Legitimation des Unionshandelns** (Art. 9 ff. EUV), die vom Europäischen Parlament (Art. 14 EUV), den nationalen Parlamenten (Art. 12 EUV) sowie den „repräsentativen Verbänden“ (Art. 11 Abs. 1 EUV) vermittelt wird. Neu ist auch die Einführung einer europäischen Bürgerinitiative, die erstmals das europäische Demokratiemodell auf direktdemokratische Füße stellt.

Nach wie vor intergouvernemental geprägt ist die **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik** der Union (Art. 23 ff. EUV), die aber wie alle Bereiche des auswärtigen Handelns der Union den grundsätzlichen Zielen und Werten der Union verpflichtet sein soll (Art. 21 EUV).

Mit dem Lissabonner Vertrag ist der Union zudem die **Rechtspersönlichkeit** verliehen worden (Art. 47 EUV), was eine zwangsläufige Folge aus der Verschmelzung von Union und Europäischer Gemeinschaft (s. Art. 1 Abs. 3 EUV, Art. 1 AEUV) ist. Der Unionsbürger (Art. 9 EUV, Art. 20 ff. AEUV) hat es seitdem nicht mehr mit einer Union und diversen Gemeinschaften zu tun, sondern, wenn man einmal von der EAG (s.o.) absieht, mit einer Europäischen Union, die ihre Entscheidungen nach Art. 1 Abs. 2 EUV möglichst offen und bürgernah treffen soll. Neu ist zudem das in Art. 50 EUV geregelte Austrittsrecht aus der Union, das die Grundlage für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU bildete.

## III.

Der **Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)** findet seinen Vorläufer im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft i.d.F. des Vertrages über die Europäische Union vom 7. Februar 1992 (letzte konsolidierte Fassung in ABl. C 202/1 vom 07. Juni 2016). Mag es vielleicht auch zu bedauern sein, dass aus dem wichtigsten Vertragswerk der europäischen Integrationsgeschichte ein Vertrag „über die Arbeitsweise“ geworden ist, so ist seine Bedeutung gleichbleibend hoch. Im Übrigen schwingt in der deutschen Übersetzung ein Hauch von Mechanik mit, der sich in der englischen und französischen Sprachfassung nur bedingt widerspiegelt. Diese Sprachfassungen rücken das Wort „Funktionieren“ (engl. „*Treaty on the Functioning of the European Union*“; franz. „*Traité sur le fonctionnement de l'Union européenne*“) in den Vordergrund, was der elementaren Bedeutung des AEUV eher gerecht werden dürfte.

Der AEUV ist daher nicht etwa ein dem EUV nachrangiger Vertrag, sondern steht mit dem EUV auf einer Stufe (s. Art. 1 Abs. 2 AEUV: „Dieser Vertrag und der Vertrag über die Europäische Union bilden die Verträge, auf die sich die Union gründet.“). Der AEUV enthält in Art. 2 ff. eine detaillierte **Aufzählung von Arten und Bereichen der Zuständigkeit der Union**, womit der Forderung nach „Zuständigkeitskatalogen“ entsprochen werden soll. Er differenziert nach Bereichen der ausschließlichen Zuständigkeit der Union (z. B. für die Zollunion, das Wettbewerbsrecht, die Währungspolitik und die Handelspolitik, s. Art. 3 AEUV), Bereichen mit geteilter Zuständigkeit (z. B. für den Binnenmarkt, die Sozialpolitik, die Landwirtschaft und Fischerei, die Umwelt, den Verkehr sowie die Energie, s. Art. 4 AEUV) und solchen Bereichen, in denen der Union eine sog. Unterstützungs-, Koordinierungs- und Ergänzungszuständigkeit zukommt (z. B. für die Bereiche der Gesundheit, Industrie und Kultur, s. Art. 6 AEUV). Neben der Aufzählung der Zuständigkeitsbereiche regelt Art. 2 AEUV die Modalitäten ihrer Ausübung. Gleichwohl lassen sich die konkreten Kompetenzen der Union nicht aus diesen Zuständigkeitsregelungen ableiten, sondern sind in den jeweiligen Politikbereichen explizit geregelt.

Die Union kann schon lange nicht mehr auf ein rein wirtschaftliches Integrationsprojekt reduziert werden. Dies wird heute auch anhand der sog. **Querschnittsklauseln** deutlich (Art. 8 ff. AEUV). Nach ihnen hat die Union in ihren Entscheidungen z. B. die Belange der Gleichstellung von Männern und Frauen (Art. 8 AEUV), des sozialen Schutzes (Art. 9 AEUV), des Umwelt- und Verbraucherschutzes (Art. 11 und 12 AEUV) oder des Tierschutzes (Art. 13 AEUV) zu berücksichtigen. Darüber hinaus sollen die Regelungen über die Unionsbürgerschaft (Art. 18 ff. AEUV) für die europäischen Unionsbürgerinnen und Unionsbürger identitätsstiftend wirken.

Von großer Bedeutung sind die Vorschriften über den **Binnenmarkt** (Art. 26 ff. AEUV). Der Binnenmarkt darf als die zentrale europäische Erfolgsgeschichte gelten, auch wenn in letzter Zeit immer öfter die freiheitlichen Garantien, die dem Binnenmarkt zugrunde liegen, mit mitgliedstaatlichen Vorstellungen und Traditionen im sozialen Bereich kollidieren. Dieser grundsätzliche Konflikt ist sicherlich eines der wichtigsten europarechtlichen Themen der Zukunft. Hierbei darf die Funktion der **europäischen Grundfreiheiten** (namentlich der Warenverkehrsfreiheit gem. Art. 34 ff. AEUV, der Arbeitnehmerfreizügigkeit gem. Art. 45 ff. AEUV, der Niederlassungsfreiheit gem. Art. 49 ff. AEUV und der Dienstleistungsfreiheit gem. Art. 56 ff. AEUV sowie der Kapitalverkehrsfreiheit gem. Art. 63 ff. AEUV) nicht missverstanden werden. Ihnen liegt eine spezifische, dem europäischen Gemeinwohl verpflichtete Freiheitskonzeption zugrunde, die nicht nur liberales Gedankengut transportiert, sondern zugleich mitgliedstaatliche Traditionen und Eigenheiten wahren will (s. etwa Art. 36 AEUV und nunmehr Art. 4 Abs. 2 EUV).

Mit dem Lissabonner Vertrag ist zudem **der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts** (RFSR, Art. 67 ff. AEUV) in den supranationalen Bereich des Unionsrechts überführt worden. Seine zentralen Bereiche, wie z. B. die Politik

im Bereich Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung (Art. 77 ff. AEUV), die justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen (Art. 81 AEUV), die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Art. 82 ff. AEUV) sowie die polizeiliche Zusammenarbeit (Art. 87 AEUV) spielen eine herausragende Rolle im europäischen Integrationsprozess und verkörpern zudem den Paradigmenwechsel der Union von einer Wirtschafts- zur Wertegemeinschaft wie kaum ein anderer Bereich. Der AEUV enthält daneben eine Reihe weiterer Politikfelder von hoher praktischer Relevanz, z. B. die Verkehrspolitik (Art. 90 ff. AEUV), die Wettbewerbspolitik (Art. 101 ff. AEUV) und die seit der Staatsschulden- und Wirtschaftskrise in den Mittelpunkt gerückte **Wirtschafts- und Währungspolitik** (Art. 119 ff. AEUV) mit besonderen Bestimmungen für die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist (Art. 136 ff. AEUV).

Hierauf folgen **weitere Politikbereiche**, z. B. die Beschäftigungspolitik (Art. 145 ff. AEUV), die Sozialpolitik (Art. 151 ff. AEUV), der wichtige Bereich der Umweltpolitik (Art. 191 ff. AEUV) sowie die durch den Lissabonner Vertrag neu eingeführten Titel über Tourismus (Art. 195 AEUV), Katastrophenschutz (Art. 196 AEUV) und Verwaltungszusammenarbeit (Art. 197 AEUV). Die Art. 205 ff. AEUV haben das auswärtige Handeln der Union zum Gegenstand, wobei Art. 205 AEUV ausdrücklich eine einheitliche Werteorientierung dieses Bereichs mit Verweis auf Art. 21 AEUV normiert. Praktisch von großer Bedeutung ist hier die **Gemeinsame Handelspolitik** der Union (Art. 206 f. AEUV), die in ihre ausschließliche Zuständigkeit fällt.

Neben dem EUV enthält auch der AEUV zahlreiche **Bestimmungen über die Organe der Europäischen Union** (s. dazu grundlegend bereits Art. 13 ff. EUV). An der Spitze des Sechsten Teils des AEUV stehen die Regelungen über das Europäische Parlament (Art. 223 ff. AEUV), gefolgt vom Europäischen Rat (Art. 235 f. AEUV), vom Rat (Art. 237 ff. AEUV), vom Gerichtshof der Europäischen Union (Art. 251 ff. AEUV), von der Europäischen Zentralbank (Art. 282 ff. AEUV) sowie vom Rechnungshof (Art. 285 ff. AEUV).

Dem folgen die Bestimmungen über die **Rechtsakte der Union** (s. Art. 288 AEUV) und die entsprechenden Verfahren ihres Erlasses, wobei der Lissabonner Vertrag erstmals ein **ordentliches Gesetzgebungsverfahren** eingeführt hat (Art. 289 AEUV).

In den **allgemeinen und Schlussbestimmungen** zum AEUV sind u.a. die Rechts- und Geschäftsfähigkeit der Union geregelt (Art. 335 AEUV), die unionale Haftung (Art. 340 AEUV) sowie der räumliche Geltungsbereich des Unionsrechts (Art. 355 AEUV). Der Vertrag ist nach Art. 356 AEUV nach wie vor auf unbestimmte Zeit geschlossen, ein Zeichen dafür, dass mit ihm eine dauerhafte europäische Rechtsordnung geschaffen werden soll. Dieses gilt gem. Art. 53 EUV ebenso für den EUV, auch wenn diese zeitlich unbeschränkte Geltungsdauer durch das neue Austrittsrecht eigentümlich kontrastiert wird (s.o.).

#### IV.

Dass die Europäische Union den Einzelnen in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen soll, wird schon aus ihrer Verpflichtung zur Bürgernähe deutlich (Art. 1 Abs. 2 EUV). Mit dem Lissabonner Vertrag hat die **Charta der Grundrechte der Europäischen Union** Rechtsverbindlichkeit erlangt (s. Art. 6 Abs. 1 EUV). Sie ist nach dieser Bestimmung gleichrangig mit den anderen europäischen Verträgen und gehört damit zweifelsohne zum verbindlichen europäischen Primärrecht. Sie wurde vom EuGH in den letzten Jahren immer stärker entfaltet und spielt auch in der Rechtsprechung der nationalen Gerichte inzwischen eine große Rolle.

Inhaltlich enthält sie sieben Titel. Der erste Titel „Würde des Menschen“ enthält grundlegende Menschenrechte, wie etwa die Unantastbarkeit der Würde des Menschen gem. Art. 1 GRCh, das Recht auf Leben gem. Art. 2 GRCh sowie das Verbot von Folter und Sklaverei (Art. 4 und 5 GRCh). Titel II der Charta beschäftigt sich mit den „Freiheiten“, wie z. B. das Recht auf Freiheit und Sicherheit gem. Art. 6 GRCh, die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit gem. Art. 10 GRCh, die Meinungsäußerungsfreiheit gem. Art. 11 GRCh, die Freiheit der Kunst und Wissenschaft gem. Art. 13 GRCh sowie die Berufsfreiheit gem. Art. 15 GRCh, die unternehmerische Freiheit gem. Art. 16 GRCh und das Eigentumsrecht gem. Art. 17 GRCh. Titel III der GRCh ist den Gleichheitsrechten gewidmet und Titel IV der „Solidarität“. Schließlich beschäftigt sich Titel V mit den Bürgerrechten (Wahlrecht, Art. 39 f. GRCh, Recht auf gute Verwaltung, Art. 41 GRCh) und Titel VI mit den klassischen Justizgrundrechten.

Der VII. Titel enthält dann bemerkenswerte **allgemeine Bestimmungen über die Auslegung und Anwendung** der Charta, wobei insbesondere Art. 52 GRCh eine Reihe von Vorbehalten formuliert. Ausnahmen vom Anwendungsbereich der Charta wurden insbesondere durch ein Protokoll für Großbritannien, das durch den Brexit obsolet geworden ist, und Polen vereinbart. Hinzu treten auch Sonderregelungen für Tschechien und Irland, deren Bedeutung aber bislang gering geblieben ist.

#### V.

Ich würde mich freuen, wenn auch die 2. Auflage dieser Textedition, die letztlich als praktisches Hilfsmittel konzipiert ist, freundliche Aufnahme bei den Benutzerinnen und Benutzern findet und bin für Hinweise und Kritik (unter [terhechte@leuphana.de](mailto:terhechte@leuphana.de)) sehr dankbar.

Lüneburg/Hamburg, im März 2021

Jörg Philipp Terhechte



## Preface

The following second edition of the collection of legal texts aims at allowing the interested reader easier access to Primary Union Law in English, German as well as French. It stems from the conclusion that any systematic approach at interpretation of European law has to consider the differences between the official languages. While the Treaties are of course equally authentic in each of the official languages, Art. 55(1) TEU, Art. 358 TFEU, this text collection had for practical reasons to be limited to the aforementioned three. This should at least be helpful in taking a first step across the language barrier. It also provides insight into different legal systems and therefore a chance at scrutinizing and evolving one's own legal opinions from a comparative perspective.

The Union's legal system lends itself – due to its **unique multi-language nature** – especially well to a comparative approach although recently English has certainly taken a lead role in the work of the European institutions as well as in the academic discussion. French has thereby stepped down from the dominating position it possessed since the early days of the Communities: The ECSC for example had only one authentic copy, written in French (Art. 100 ECSC). Whether the withdrawal of the United Kingdom from the European Union (so-called Brexit) will have any effects on the dominance of the English language is currently not clear.

### I.

Since the entry into force of the **Treaty of Lisbon**, the primary law of the European Union is based on three central documents. The Lisbon Treaty has given the **Charter of Fundamental Rights of the European Union (CFR)** the “same legal value” as the **Treaty on European Union (TEU)** and the **Treaty on the Functioning of the European Union (TFEU)**, Art. 6(1) TEU. In addition, the **Treaty establishing the European Atomic Energy Community (EAEC)** continues to exist after the entry into force of the Lisbon Treaty on 1 December 2009. A publication of the EAEC Treaty, signed on March 25<sup>th</sup>, 1957, has nevertheless been excluded due to its very specific content (a consolidated version can be found in OJ EU C 203/1 of 7 June 2016). Since the publication of the first edition of this compilation, there have been only few amendments of primary Union law. Notably, the third paragraph of Article 136 TFEU has been added as a consequence of the sovereign debt crisis (OJ EU L 91/1 of 6 April 2011).

### II.

The **Treaty on European Union**, signed on February 7<sup>th</sup>, 1992 provides for the values (Art. 2 TEU) as well as aims (Art. 3 TEU) of the Union which pursuant to Article 1(2) TEU “... marks a new stage in the process of creating an ever closer union among the peoples of Europe ...”. Special emphasis lies on **democratic principles** (Art. 9 et seq. TEU) that the Union is to observe in all its activities

which in turn are provided by the European Parliament (Art. 14 TEU), the national parliaments (Art. 12 TEU) and “representative associations” (Art. 11(1) TEU). Another novelty is the establishment of the European Citizens’ Initiative (Art. 11(4) TEU) which introduces elements of direct democracy.

On the other hand, the **Common Foreign and Security Policy** (Art. 23 et seq. TEU) keeps its strictly intergovernmental character, albeit being guided – like all areas of the Union’s external activities – by the fundamental aims and values of the Union (Art. 21 TEU).

The European Union has also acquired **legal personality** (Art. 47 TEU), a natural consequence of the fusion of Union and Community (see Art 1(3) TEU, Art. 1 TFEU). The European Citizen (Art. 9 TEU, Art. 20 TFEU et. seq) therefore faces not a multitude of different entities but – notwithstanding the EAEC – a single European Union in which decisions are to be taken as openly as possible and as closely as possible to the citizen, Art. 1(2) TEU. Last but not least a right to withdraw from the Union has been stipulated in Art. 50 TEU, which formed the legal basis for the withdrawal of the United Kingdom from the EU.

### III.

The **Treaty on the Functioning of the European Union** (TFEU) replaces the Treaty establishing the European Community, signed on February 7<sup>th</sup>, 1992 (its last consolidated version can be found in OJ EU C 202/1 of 7 June 2016). While the “demotion” of the most important legal text in European history to a treaty on the “functioning” might carry with it a hint of sadness, its fundamental importance remains unchanged. This „demotion“ is also specific to only the German translation, due to its wording as „Arbeitsweise“ which can be translated as „functioning“ but also as „procedures“, giving effect to a more mechanical feel. The English and French versions on the other hand emphasize the word „function“ (English: „*Treaty on the Functioning of the European Union*“; French: „*Traité sur le fonctionnement de l’Union européenne*“) and therefore are far better at illuminating the central role of the TFEU.

Namely, the TFEU is not subordinate to the TEU but of equal legal value (see Art. 1(2) TFEU: “This Treaty and the Treaty on European Union constitute the Treaties on which the Union is founded.”). It contains a **detailed catalogue of categories and areas of Union competence** in Art. 2 et seq. TFEU: There are areas of exclusive competence (e.g. customs union, competition rules, monetary policy for the Member States whose currency is the Euro as well as common commercial policy, Art. 3 TFEU), areas of shared competence (e.g. internal market, social policy, agriculture and fisheries, environment, transport and energy, Art. 4 TFEU), and areas in which the Union has competence to support, coordinate or supplement the actions of the Member States (e.g. protection and improvement of human health, industry and culture, Art. 6 TFEU). Art. 2 TFEU stipulates how the different competences are to be exercised. Art. 2 et seq. TFEU

only present an overview, though while the actual competences stem from the corresponding policy areas as provided in the TFEU.

The Union has long since ceased to be a purely economical integration project. It is nowadays host to a multitude of diverse public aims, as seen with the so-called **horizontal clauses** of Art. 8 et seq. TFEU. These include the promotion of equality between men and women (Art. 8 TFEU), the guarantee of adequate social protection (Art. 8 TFEU), a sustainable development (Art. 11 TFEU), consumer protection (Art. 12 TFEU) and the welfare requirements of animals (Art. 13 TFEU) and are to be observed in all of the Union's activities. Art. 18 et seq. TFEU, regarding the citizenship of the Union, are another facet of this policy shift, aiming at a Union that is more relatable for its inhabitants.

Of equal importance are the provisions regarding the **internal market** (Art. 26 et seq. TFEU). The current state of the internal market shows the European integration's success most markedly, although its liberal principles are increasingly often clashing with the Member States' social guarantees. This topic lies at the centre of the current and future discussion concerning Union law. It is therefore important to avoid misinterpretations of the **fundamental freedoms** (namely the free movement of goods, Art. 34 et seq. TFEU, the free movement of workers, Art. 45 et seq. TFEU, the freedom of establishment, Art. 49 et seq. TFEU, the freedom to provide services, Art. 56 et seq. TFEU, as well as the free movement of capital, Art. 63 et seq. TFEU). They represent a specific concept of freedom which is not only based on liberal ideals but which also pertains to the Member States' traditions and national identities (see Art. 36 TFEU as well as Art. 4(2) TEU).

The Treaty of Lisbon has also incorporated the Area of Freedom, Security and Justice (AFSJ, Art. 67 et seq. TFEU) as one of the supranational parts of Union law. Its central provisions, such as the policies on border checks, asylum and immigration (Art. 77 et seq. TFEU), the judicial cooperation in civil matters (Art. 81 TFEU), the judicial cooperation in criminal matters (Art. 82 et seq. TFEU) as well as the police cooperation (Art. 87 TFEU) take up a central role in the future integration process. They are also yet another facet of the Union's shift from an economic association to one based on ideals. Next to these the TFEU contains several policy areas of practical relevance, e.g. transport (Art. 90 et seq. TFEU), rules on competition (Art. 101 et seq. TFEU) as well as the **economic and monetary policy** (Art. 119 et seq. TFEU), which has been at the centre of the debate since the sovereign debt and economic crises, and which contains additional provisions specific to Member States whose currency is the Euro (Art. 136 et seq. TFEU).

Not less important are the **policy areas detailed thereafter**, e.g. employment, Art. 145 et seq. TFEU, social policy, Art. 151 et seq. TFEU, environment, Art. 191 et seq. TFEU as well as several titles introduced by the Treaty of Lisbon, namely tourism, Art. 195 TFEU, civil protection, Art. 196 TFEU and administrative cooperation, Art. 197 TFEU. Art. 205 et seq. TFEU pertain to the

Union's external action, with Art. 205 TFEU stipulating that this action be guided by the principles laid down in Art. 21 TEU. Its most important element is probably the **common commercial policy**, Art. 206, 207 TFEU, not least because it is object to exclusive Union competence.

In addition to those of the TEU (see Art. 13 et seq. TEU) the TFEU contains several **stipulations pertaining to the Union's institutions**. These are (in order): the European Parliament (Art. 223 et seq. TFEU), the European Council (Art. 235 et seq. TFEU), the Council (Art. 237 et seq. TFEU, formerly known as Council of the European Union), the Commission (Art. 244 et seq. TFEU), the Court of Justice of the European Union (Art. 251 et seq. TFEU), the European Central Bank (Art. 282 et seq. TFEU) and the Court of Auditors (Art. 285 et seq. TFEU).

These institutional stipulations are followed by such concerning the **legal acts** of the Union (Art. 288 TFEU) and the corresponding legislative procedures, in particular the **ordinary legislative procedure** introduced by Lisbon (Art. 289 TFEU). Lastly, the Treaty's **general and final provisions** declare it to have the most extensive legal capacity accorded to legal persons under the Member States' laws (Art. 335 TFEU) and to be liable contractually and non-contractually (Art. 340 TFEU). Here the territorial scope of the Treaties is defined as well, Art. 355 TFEU (see also Art. 52 TEU). Art. 356 TFEU declares the Treaty to be concluded for an unlimited period, clearly indicating the purpose of creating a permanent legal order. Art. 53 TEU provides unlimited duration as well, if a bit impaired by the newly introduced right to withdraw from the Union, Art. 50 TEU.

#### IV.

At the center of the Union's activities stands the individual, illustrated not least by its obligation to act "as closely as possible to the citizen", Art. 1(2) TEU. To further add to this important role, the Treaty of Lisbon declared the **Charter of Fundamental Rights of the European Union** to be legally binding (see Art. 6(1) TEU). It is of the "same legal value as the Treaties" and therefore without doubt a part of primary Union law. In recent years, the role of the Charter has been strengthened by the case law of the Court of Justice. Today, it also plays a major role in the case law of national courts.

The Charter contains seven titles, the first of which – "Dignity" – lays down the most essential human rights, in particular the inviolability of human dignity, Art. 1 CFR, the right to life, Art. 2 CFR, and a general prohibition of torture, Art. 4 CFR, as well as of slavery and forced labour, Art. 5 CFR. Title II contains the liberal rights, e.g. the right to liberty and security, Art. 6 CFR, the freedom of thought, conscience and religion, Art. 10 CFR, the freedom of expression, Art. 11 CFR, the freedom of the arts and sciences, Art. 13 CFR, the freedom to choose an occupation and right to engage in work, Art. 15 CFR, the freedom to conduct a business, Art. 16 CFR, as well as the right to property, Art. 17 CFR. Title III stipulates rights of equality, title IV those of „solidarity“. Title V then

takes on citizens' rights, such as the right to vote at elections to the European Parliament and municipal elections, Art. 39, 40 CFR, and the right to good administration, Art. 41 CFR, followed by judicial rights in title VI.

The final title hosts **general provisions governing the interpretation and application of the charter**, stating in particular the limitations of the aforementioned rights, Art. 52 CFR. The United Kingdom and Poland have been partially exempted from application of the charter on the basis of a protocol, which, due to Brexit, has become obsolete for the former. There are further exemptions regarding the Czech Republic and Ireland, which have been of limited relevance so far.

V.

I would be delighted if the second edition of this compilation of texts will be well received by the users and I am grateful for advice and criticism (terhechte@leuphana.de).

Lüneburg/Hamburg, March 2021

*Jörg Philipp Terhechte*

## Préface

L'objectif de la deuxième édition du présent recueil de textes relatifs au droit primaire européen est de permettre aux utilisateurs d'accéder aux principaux traités européens en anglais, en allemand et en français. La prise de conscience de l'importance d'une comparaison linguistique, en particulier au niveau du droit primaire européen, c'est-à-dire au niveau du droit européen constitutionnel écrit, est à l'origine de cet ouvrage. Certes, les traités font foi dans toutes les langues officielles conformément à l'article 55 du traité sur l'Union européenne (ci-après TUE) et à l'article 358 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (ci-après TFUE) en conjonction avec l'article 55 TUE, mais une édition de textes limitée à trois langues de l'Union européenne a certainement une valeur propre. Elle permettra tout d'abord à tout un chacun d'oser franchir la barrière de sa propre langue. Ensuite, une telle approche est prometteuse d'un point de vue théorique et pratique, car ceux qui appliquent le droit seront encouragés à remettre en question leurs opinions juridiques naturellement influencées par leur ordre juridique national.

L'ordre juridique de l'Union européenne se caractérise plus que tout autre système de droit mondial par «**le principe du multilinguisme**». Cette approche est justifiée, bien que ces dernières années, l'anglais soit devenu la langue prédominante au sein des institutions européennes et dans le domaine du droit européen. Il est intéressant de constater que ceci a provoqué un changement de perspective. Au moment de leur création, les communautés étaient fortement influencées par la langue française. En vue du traité instituant la Communauté européenne du charbon et de l'acier (ci-après CECA), le texte en langue française était le seul faisant foi (art. 100 CECA). On ne sait pas encore si le retrait du Royaume-Uni de l'UE (ci-après Brexit) va changer quoi que ce soit à la domination de la langue anglaise.

### I.

Depuis l'entrée en vigueur du traité de Lisbonne, le droit primaire européen s'appuie sur trois documents centraux. Tout comme **le traité sur l'Union européenne** et **le traité sur le fonctionnement de l'Union européenne**, la **Charte des droits fondamentaux de l'Union européenne** (ci-après la Charte) fait partie du droit primaire de l'Union européenne (art. 6, § 1 TUE). **Le traité instituant la Communauté européenne de l'énergie atomique** du 25 mars 1957 (Le traité Euratom) n'a pas été repris dans ce recueil en raison de la spécificité de son contenu (le traité dans sa version consolidée se trouve dans le JOUE n° C 203/1 du 7 juin 2016). Depuis la publication de la première édition de ce recueil, seules des modifications mineures ont été apportées au droit primaire de l'Union. Il convient de noter en particulier l'ajout d'un troisième paragraphe à l'article 136 TFUE à la suite de la crise de la dette souveraine européenne (JOUE n° C 202 du 7 juin 2016).

## II.

**Le traité sur l'Union européenne** signé le 7 février 1992 intègre désormais les valeurs (art. 2 TUE) et les objectifs (art. 3 TUE) de l'Union européenne, et conformément à l'article 1, § 2 TUE, «marque une nouvelle étape dans le processus créant une union sans cesse plus étroite entre les peuples de l'Europe».

Dans le TUE, l'importance de la **légitimité démocratique** de toute action de l'Union (art. 9 et s. TUE), qui lui est octroyée par le Parlement européen (art. 14 TUE) et par les parlements nationaux (art. 12 TUE) est mise en avant. Le principe de l'initiative citoyenne européenne fait entrer pour la première fois la démocratie participative dans les fondements du modèle démocratique européen.

La **politique étrangère et de sécurité commune** de l'Union (art. 23 et s. TUE) continue à être menée suivant la méthode intergouvernementale et, comme tous les domaines de l'action extérieure de l'Union, elle doit respecter les objectifs et valeurs de base de l'Union (art. 21 TUE).

Par le traité de Lisbonne, l'Union a obtenu le statut de **personnalité juridique** (art. 47 TUE). Ceci est la conséquence naturelle de la fusion de l'Union avec la Communauté européenne (voir art. 1, § 3 TUE, art. 1 TFUE). Le citoyen européen (art. 9 TUE, art. 20 TFUE et s.) n'est plus confronté à une Union et à des communautés distinctes, mais, à l'exception de la CEEA (voir plus haut), à une Union européenne qui doit prendre ses décisions d'une manière transparente et proche du citoyen. Une autre nouveauté est le droit au retrait de l'Union, réglementé par l'article 50 TUE, qui a servi de base au retrait du Royaume-Uni de l'UE.

## III.

Le traité instituant la Communauté européenne dans sa version du traité sur l'Union européenne du 7 février 1992 (la dernière version consolidée se trouve dans le JOUE C 202 du 7 juin 2016) fait figure de précurseur du **traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (TFUE)**. Il est certes regrettable que le traité le plus important de l'histoire de l'intégration européenne soit devenu «un traité sur le fonctionnement», mais cela ne diminue pas son importance. Dans sa traduction allemande („Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“) ce terme prend d'ailleurs une légère connotation technique qui se retrouve néanmoins affaiblie dans les versions anglaise et française. Ces versions linguistiques mettent l'accent sur le mot «fonctionnement» (anglais "Treaty on the Functioning of the European Union"/ français «Traité sur le fonctionnement de l'Union européenne»), ce qui correspond mieux au but réel du TFUE.

Le traité TFUE n'a pas de statut inférieur par rapport au traité sur l'Union européenne (TUE), mais se trouve au même niveau que celui-ci (voir art. 1, § 2 TFUE: «le présent traité et le traité sur l'Union européenne constituent les traités sur lesquels est fondée l'Union»). L'article 2 et s. TFUE contiennent une liste détaillée des «**catégories et domaines de compétences de l'Union**» pour ré-

pondre à la demande d'une «énumération des compétences». Le traité opère une distinction entre les domaines de compétence exclusive de l'Union (p.ex. l'union douanière, la concurrence, la politique monétaire et la politique commerciale commune; voir art. 3 TFUE), les domaines de compétence partagée (p. ex. le marché intérieur, la politique sociale, l'agriculture et la pêche, l'environnement, les transports et l'énergie; voir art. 4 TFUE) et les domaines dans lesquels l'Union dispose d'une compétence pour appuyer, coordonner et compléter les actions des États membres (p.ex. dans le domaine de la santé, de l'industrie et de la culture; voir art. 6 TFUE). L'article 2 TFUE n'énumère pas seulement les domaines de compétence mais définit aussi la manière de les exercer. Or, les compétences concrètes de l'Union ne peuvent pas être déduites de ces dispositions car elles sont explicitement définies dans les dispositions relatives à chaque domaine.

Depuis longtemps déjà, on ne peut plus réduire l'Union à un projet d'intégration économique. Les **clauses transversales** établies dans le traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (TFUE) article 8 et s. précisent ceci. Conformément à ces clauses, l'Union doit prendre ses décisions en tenant compte, par exemple, de l'égalité entre les hommes et les femmes (art. 8 TFUE), de la protection sociale (art. 9 TFUE), de la protection de l'environnement, des consommateurs (art. 11 et 12 TFUE) et des animaux (art. 13 TFUE). De plus, les clauses concernant la citoyenneté de l'Union (art. 18 et s. TFUE) doivent créer une identité européenne pour les citoyens de l'Union.

Les dispositions concernant le **marché intérieur** (art. 26 et s.) jouent encore et toujours un rôle primordial. Le marché intérieur commun peut être considéré comme une «success story» européenne même si les garanties libérales sur lesquelles il se base sont parfois en contradiction avec les conceptions et traditions des États membres dans le domaine social. Réduire ces contradictions constituera certainement un sujet d'avenir du droit européen. Dans ce contexte, il ne faudrait surtout pas méconnaître le rôle des **libertés fondamentales**, notamment la libre circulation des marchandises (art. 34 et s. TFUE), la libre circulation des travailleurs (art. 45 et s. TFUE), le droit d'établissement (art. 49 et s. TFUE), la libre prestation de services (art. 56 et s.) et le libre mouvement des capitaux (art. 63 et s.). Ces libertés s'appuient sur une idée de la liberté, condition du bien commun européen, qui ne correspond pas uniquement une idéologie libérale mais prend également en compte les traditions et les particularités des États membres (voir par exemple art. 36 TFUE, actuellement art. 4, § 2 TUE).

En outre, avec le traité de Lisbonne, le maintien de l'**espace de liberté, de sécurité et de justice** (ELSJ, art. 67 et s. TFUE) est transféré au domaine supranational du droit européen. Les domaines principaux du traité comme la politique des contrôles aux frontières, la politique de l'asile et de l'immigration (art. 77 et s. TFUE), la coopération en matière civile (art. 81 et s. TFUE), la coopération judiciaire en matière pénale (art. 82 et s. TFUE) et la coopération policière (art. 87 et s. TFUE) jouent un rôle primordial dans le processus de l'intégration européenne et représentent plus que tout autre domaine politique un changement de



paradigme de l'Union d'une communauté économique vers une communauté de valeurs. De plus, le traité TFUE comprend un bon nombre de champs politiques d'une grande importance pratique comme la politique des transports (art. 90 et s. TFUE), la politique de la concurrence (art. 101 et s. TFUE) et la **politique économique et monétaire** (art. 119 et s. TFUE), mise au premier plan depuis le début de la crise de la dette souveraine et la crise économique et qui établit des dispositions particulières pour les États membres dont la monnaie est l'euro (articles 136 et s. TFUE).

En outre, le traité englobe des **domaines politiques**, parmi eux, la politique de l'emploi (art. 145 et s. TFUE), la politique sociale (art. 151 et s. TFUE), le domaine important de la politique environnementale (art. 191 et s. TFUE) et les nouveaux titres concernant le tourisme (art. 195 et s. TFUE), la protection civile (art. 196 TFUE) et la coopération administrative (art. 197 TFUE) introduits pour la première fois par le traité de Lisbonne. L'article 205 et s. TFUE traite de l'action extérieure de l'Union, qui, (art. 205 TFUE et art. 21 TUE) doit s'appuyer sur les valeurs fondamentales communes. D'un point de vue pratique, la **politique commerciale commune** de l'Union (art. 206 et s. TFUE) est d'une grande importance et relève de la compétence exclusive de l'Union.

Tout comme le traité sur l'Union européenne, le traité sur le fonctionnement de l'Union européenne contient un bon nombre de **dispositions institutionnelles** pour l'Union européenne (voir à ce sujet art. 13 et s. TUE). Les dispositions relatives au Parlement européen (art. 223 et s. TFUE) se trouvent au début de la sixième partie du traité sur l'Union européenne et sont suivies par celles relatives au Conseil européen (art. 235 et s. TFUE), au Conseil (art. 237 et s. TFUE), à la Cour de justice de l'Union européenne (CJCE), à la Banque centrale européenne (art. 282 et s.) et à la Cour des comptes (art. 285 et s.).

Ce chapitre est suivi par les dispositions relatives aux **actes juridiques** (voir art. 288 TFUE) de l'Union et par les procédures d'adoption correspondantes. De cette manière, le traité de Lisbonne introduit pour la première fois une **procédure législative** valable (art. 289 TFUE). Les **dispositions générales et finales** du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne règlent la capacité juridique de l'Union (art. 335 TFUE), sa responsabilité contractuelle (art. 340 TFUE) et le champ d'application territoriale du droit européen (art. 355 TFUE). Conformément à l'article 356, le traité est conclu pour une durée illimitée, ce qui traduit l'intention de créer un ordre juridique européen durable. Ceci vaut également pour le TUE, même si le nouveau droit au retrait d'un État membre est en contradiction avec la durée illimitée du traité (voir ci-dessus).

#### IV.

L'Union européenne place l'individu au centre de toutes ses actions. Ceci est clairement illustré par son engagement de rester le plus près possible du citoyen (art. 1, § 2 TUE). Le traité de Lisbonne confère une valeur juridiquement contraignante à la **Charte des droits fondamentaux de l'Union européenne** (voir

art. 6, § 1 TUE). Suite à cette disposition, la Charte revêt la même importance que les autres traités européens et fait incontestablement partie du droit primaire européen contraignant. Les dernières années, il a été de plus en plus développé par la CJCE et joue maintenant aussi un rôle majeur dans la jurisprudence des tribunaux nationaux.

La Charte est divisée en 7 chapitres. Le premier chapitre sur «la dignité» englobe les droits fondamentaux de l'homme comprenant, par exemple, l'inviolabilité de la dignité humaine (art. 1 de la Charte), le droit à la vie (art. 2) et l'interdiction de la torture et de l'esclavage (art. 4 et 5). Le deuxième chapitre de la Charte se concentre sur les «libertés» comme le droit à la liberté et à la sûreté (art. 6), la liberté de pensée, de conscience et de religion (art. 10), la liberté d'expression (art. 11), la liberté des arts et des sciences (art. 13), la liberté professionnelle (art. 15), la liberté d'entreprise (art. 16) et le droit de propriété (art. 17). Le troisième chapitre de la Charte est consacré à l'égalité en droit et le quatrième à la solidarité. Pour finir, le cinquième chapitre se concentre sur la citoyenneté (le droit électoral, art. 39 et s.), le droit à une bonne administration, art. 41 et s.) et le chapitre 6 aborde les droits judiciaires fondamentaux.

Le 7<sup>e</sup> chapitre reprend les **dispositions générales concernant l'interprétation et le champ d'application** de la Charte, qui sont limitées par les réserves formulées dans l'article 52 de la Charte. Des exceptions au champ d'application de la Charte ont été convenues notamment par le biais d'un protocole pour le Royaume-Uni, qui est devenu obsolète à la suite du Brexit, et la Pologne. Il existe également des dispositions particulières pour la République tchèque et l'Irlande, mais leur importance est restée jusqu'à présent limitée.

## V.

Je serais ravi si la deuxième édition de ce texte qui, en fin de compte, a été conçue comme un outil pratique, trouvera un accueil favorable auprès de ses utilisateurs et je reste ouvert à toute remarque et critique (terhechte@leuphana.de).

Lunebourg & Hambourg, mars 2021

*Jörg Philipp Terhechte*

## Inhaltsübersicht / Contents / Sommaire

Vorwort .....	5
Preface .....	11
Préface .....	17
VERTRAG ÜBER DIE EUROPÄISCHE UNION TREATY ON EUROPEAN UNION TRAITÉ SUR L'UNION EUROPÉENNE .....	25
VERTRAG ÜBER DIE ARBEITSWEISE DER EUROPÄISCHEN UNION TREATY ON THE FUNCTIONING OF THE EUROPEAN UNION TRAITÉ SUR LE FONCTIONNEMENT DE L'UNION EUROPÉENNE .....	105
CHARTA DER GRUNDRECHTE DER EUROPÄISCHEN UNION CHARTER OF FUNDAMENTAL RIGHTS OF THE EUROPEAN UNION CHARTRE DES DROITS FONDAMENTAUX DE L'UNION EUROPÉENNE .....	455
ÜBEREINSTIMMUNGSTABELLEN .....	485
TABLES OF EQUIVALENCES .....	509
TABLEAUX DE CORRESPONDANCE .....	531

## Inhaltsverzeichnis / Table of Contents / Table des matières

VERTRAG ÜBER DIE EUROPÄISCHE UNION (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 13)

TREATY ON EUROPEAN UNION (OJ C 202, 7.6.2016, p. 13)

TRAITÉ SUR L'UNION EUROPÉENNE (JO C 202 du 7.6.2016, p. 13)

PRÄAMBEL		
PREAMBLE		
PRÉAMBULE .....		27
TITEL I	GEMEINSAME BESTIMMUNGEN [Art. 1-8]	
TITLE I	COMMON PROVISIONS	
TITRE I	DISPOSITIONS COMMUNES .....	31
TITEL II	BESTIMMUNGEN ÜBER DIE DEMOKRATISCHEN GRUND- SÄTZE [Art. 9-12]	
TITLE II	PROVISIONS ON DEMOCRATIC PRINCIPLES	
TITRE II	DISPOSITIONS RELATIVES AUX PRINCIPES DÉMOCRATI- QUES .....	40
TITEL III	BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ORGANE [Art. 13-19]	
TITLE III	PROVISIONS ON THE INSTITUTIONS	
TITRE III	DISPOSITIONS RELATIVES AUX INSTITUTIONS .....	44
TITEL IV	BESTIMMUNGEN ÜBER EINE VERSTÄRKTE ZUSAMMEN- ARBEIT [Art. 20]	
TITLE IV	PROVISIONS ON ENHANCED COOPERATION	
TITRE IV	DISPOSITIONS SUR LES COOPÉRATIONS RENFORCÉES .....	58

Inhaltsverzeichnis / Table of Contents / Table des matières

TITEL V	ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN ÜBER DAS AUSWÄRTIGE HANDELN DER UNION UND BESONDERE BESTIMMUN- GEN ÜBER DIE GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHER- HEITSPOLITIK [Art. 21-46]	
TITLE V	GENERAL PROVISIONS ON THE UNION'S EXTERNAL ACTION AND SPECIFIC PROVISIONS ON THE COMMON FOREIGN AND SECURITY POLICY	
TITRE V	DISPOSITIONS GÉNÉRALES RELATIVES À L'ACTION EXTÉRIEURE DE L'UNION ET DISPOSITIONS SPÉCIFIQUES CONCERNANT LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE ET DE SÉCURITÉ COMMUNE .....	60
TITEL VI	SCHLUSSBESTIMMUNGEN [Art. 47-55]	
TITLE VI	FINAL PROVISIONS	
TITRE VI	DISPOSITIONS FINALES .....	93